



Keine Obergrenze für Flüchtlinge

Die Jusos München-Land haben mit Sorge die Artikel zur Pressemitteilung „Themen stärker setzen!“ der Jungen Union München-Land zur Kenntnis genommen.

Ihrer Feststellung, dass die wachsenden Flüchtlingszahlen Deutschland vor eine Herausforderung stellen, die bisher nur dank des Engagements vieler ehrenamtlicher Helfer_innen bewältigt werden konnte, stimmen wir zu. Eine „feste Setzung“ von Obergrenzen zur Kontrolle des „Zustroms“ an Flüchtlingen, wie von der Jungen Union gefordert, halten wir hingegen für fatal.

Wir haben eine Verantwortung – nicht nur den Flüchtlingen, die in ihren Heimatländern aufgrund von Krieg oder Verfolgung um ihr Leben fürchten müssen, gegenüber, sondern auch gegenüber weniger wohlhabenden Staaten, die derzeit die Hauptlast der Flüchtlingskrise tragen. Hierzu gehören v.a. die Türkei, Pakistan, Libanon, Iran und Äthiopien.

Deutschland sollte als wirtschaftlich und politisch starkes Land in Europa beispielhaft vorangehen und weiterhin Flüchtlinge aufnehmen, statt Menschen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind, zurückzuweisen.

Statt also pauschal Menschen in Not Hilfe zu verweigern, müssen wir uns überlegen, wie wir die Flüchtlinge hier willkommen heißen und langfristig integrieren können. Einen ersten Schritt stellt die Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer_innen dar, deren Arbeit durch Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen, wie z.B. Sprachkurse, erleichtert werden kann. Da die Verantwortung jedoch keinesfalls alleine bei ihnen liegen darf, müssen außerdem Stellen für hauptamtliche Mitarbeiter_innen geschaffen werden, die sich um die Belange der Flüchtlinge kümmern.

Besonders beunruhigend finden wir aber die wiederholten Forderungen nach härteren Strafen für Asylbewerber_innen, sowohl für Verbrechen als auch für Verweigerung der Integration. So teilt die Junge Union auch auf ihrer Facebookseite: „Wer ein Verbrechen oder eine religiös motivierte Straftat begeht, hat sein Recht auf Asyl verwehrt.“ Es ist klar, dass auch für Flüchtlinge in Deutschland die Deutschen Gesetze gelten. Eigentlich bedarf es hierzu auch keiner gesonderten Stellungnahme. Als Strafe jedoch das Grundrecht auf Asyl zu entziehen, widerspricht unserem Verständnis von Menschenrechten. Asyl soll Menschen in lebensbedrohlichen Situationen helfen, die Verweigerung dessen kann einem Todesurteil gleichen. Solche Forderungen sind unmenschlich und blanker Populismus.

Die fragwürdige Haltung der Jungen Union München-Land in Sachen Flüchtlingspolitik wird zuletzt geradezu karikiert durch ihre Inszenierung als Verteidigerin christlicher Werte. Mit zur Schau gestellter Überzeugung wird dafür plädiert, traditionell christliche Feste wie das „Sankt-Martins-Fest“ unter ihren ursprünglichen Namen zu feiern und diese nicht zu verweltlichen. Wenn der Grundgedanke dieses Festes, nämlich Menschen in Notsituationen selbstlos zu helfen, jedoch schon so verloren gegangen ist, dann ist das pedantische Festhalten am Namen leider bloße Wortklauberei.